

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|--|--|
| 30. Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen | 34. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2017 |
| 31. Novelle zum Landes-Polizeigesetz | 35. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2017 |
| 32. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2016 | <i>Verbraucherpreisindex für</i> |
| 33. Finanzdaten der Gemeinden Tirols - Entwicklung 2014 bis 2016 | <i>Mai 2017 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

30.

Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

Die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgt nach den Richtlinien der Landesregierung vom 02. Mai 2017 für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 12 Abs. 5 Finanzausgleichsgesetz 2017), Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Mai 2017, Nr. 22.

Anträge

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen.

Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben wird ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, BDZW Antrag-V, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen Teils und des Haushaltsteils automatisch übernommen.

Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbetrag

anzugeben. Bei Vorhaben deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjährigen Zusagen ist eine jährliche Antragstellung nicht notwendig. Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint.

Beim **Vorhaben/Antrag** ist im Feld „**Beschreibung**“ Folgendes anzugeben:

- **konkrete Beschreibung** des Vorhabens,
- **Darlegung (Begründung) der Notwendigkeit** der Umsetzung des Vorhabens unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und allfälliger Schwerpunktsetzungen der Gemeinde und
- **gegebenenfalls gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen** des Vorhabens.

Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, sollen unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf vorgesehen, über die/den BürgermeisterIn an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Antragsfristen

Anträge für das folgende Haushaltsjahr und spätere Haushaltsjahre sind längstens bis **Mittwoch, den 20. September 2017**, einzubringen. Die Anträge in der Gemeindegewandung sind grundsätzlich vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden und dem Büro des Gemeindegewandungsreferenten der Tiroler Landesregierung.

Primär ist zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Bedeckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite oder dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindegewandungen sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeinden unverzüglich zu beantworten.

Das Ergebnis der Prüfung wird den BürgermeisterInnen - wie im Vorjahr mit der Möglichkeit eines persönlichen Gesprächstermins mit dem Herrn Landesrat - schriftlich mitgeteilt.

Entscheidung und Zusicherung

Der Gemeindegewandungsreferent sichert anschließend der Gemeinde/dem Gemeindegewandung die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde/der Gemeindegewandung, das Haushaltsjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindegewandungsverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fortzufahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen. **Für die Finanzplanung des Gemeindegewandungsausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindegewandung erfasst werden.**

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung erfolgt nicht.

Abwicklung von Anträgen auf Auszahlung von Bedarfszuweisungen in der Gemeindegewandung/Portal Tirol

Ausgangslage:

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht über die Sonderprüfung der Mittel des Gemeindegewandungsausgleichsfonds vom Sommer 2014 folgende Empfehlung gem. Art. 69 der Tiroler Landesordnung ausgesprochen:

„Der LRH empfiehlt daher, dass im Sinne des § 13 F-VG zur effizienteren Kontrolle der Verwendung der BZW Zahlungsnachweise in Form von Rechnungen in der dafür vorgesehenen Gemeindegewandung (Portal Tirol) eingepflegt werden. Allfällige Auszüge aus Gemeindegewandungsbuchhaltungen können nach Ansicht des LRH den Nachweis mittels Rechnungen nicht ersetzen.“

Unter Berücksichtigung dieser Empfehlung des LRH wie auch der bisherigen Praxis bei der Auszahlung der Bedarfszuweisungen, durch welche bereits bisher die widmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungsmittel sichergestellt war, wird die Ablauforganisation wie folgt festgelegt:

Die Auszahlung der seitens des Gemeindegewandungsreferenten schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen erfolgt zu den vierteljährlichen Auszahlungsterminen, im Regelfall Ende März, Ende Juni, Ende September und Anfang Dezember. Diese Termine werden seitens der Abteilung Gemeinden mit dem Gemeindegewandungsreferenten abgestimmt und den

Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften rechtzeitig bekannt gegeben.

Zur Auszahlung von schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen sind diese **von der Gemeinde** in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol (GA) mittels „Auszahlungsantrag“ zu **beantragen** und in der Rubrik „Mitteilungen“ mit einem **auszahlungsbegründenden Nachweis** zu **dokumentieren**.

Taugliche **auszahlungsbegründende Nachweise** sind:

a) Rechnungen:

Dies kommt vor allem bei Einzelvorhaben wie Ankauf eines Kommunalfahrzeuges oder Asphaltierung von Gemeindestraßen in Betracht. Diese Nachweise sind von den Gemeinden in die Gemeindeanwendung zu implementieren.

b) Auszüge aus der Gemeindebuchhaltung (Kontoblätter):

Diese sind als Nachweis, insbesondere bei Bauvorhaben zweckdienlich, da hier aufgrund des Umfangs des Vorhabens bzw. der Mehrzahl oder Vielzahl von Rechnungen eine Implementierung jeder Einzelrechnung in die Gemeindeanwendung mit einem unvertretbaren Verwaltungsaufwand für die Gemeinden verbunden und für Prüfungszwecke nur bedingt geeignet wäre.

Aus dem jeweiligen Kontoblatt ist der zusammengefasste Überblick über die Verbuchung der Rechnungen und Zahlungen (Soll-Buchung = Rechnung und Ist-Buchung = Zahlung) ersichtlich. Außerdem handelt es sich bei diesen Kontoblättern um Dokumente aus der Buchhaltung der Gemeinde, welche nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften wie Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 - VRV 1997, Tiroler Gemeindeordnung 2001 und Gemeindehaushaltsverordnung 2012 zu erstellen sind. Zentraler Grundsatz dabei ist, dass keine Buchung ohne Beleg erfolgen darf; den Buchungen liegen somit Rechnungen und Zahlungsnachweise zugrunde.

c) Weiters Angebote mit Auftrags- bzw. Bestellbestätigungen, Kaufverträge, etc.

Diese können als Nachweise anerkannt werden, wenn die

entsprechende **Zahlungsverpflichtung im zeitlichen Zusammenhang** mit der jeweiligen Auszahlung steht.

Diese Nachweise kommen insbesondere dann in Betracht, wenn aufgrund der lediglich vierteljährlichen Auszahlungstermine der Bedarfszuweisungen die Gemeinden eine Zwischenfinanzierung aufnehmen müssten. Nach Vorliegen der Rechnung bzw. bei entsprechender Verbuchung in der Gemeindebuchhaltung ist der Nachweis in sinngemäßer Anwendung der lit. a oder lit. b in der Gemeindeanwendung durch die Gemeinde zu dokumentieren und von der BH zu überprüfen.

Der **Auszahlungsantrag** ist seitens der Gemeinden an die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft (BH) weiterzuleiten. Die BH prüft den Antrag im Hinblick auf die widmungsgemäße Verwendung der Mittel und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit, des Bedarfes und der vorhandenen Mittel die vom Gemeindereferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Auszahlung an.

Die Abteilung Gemeinden erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindereferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds.

Die Landesregierung entscheidet darüber in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeinden zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinden aus.

Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für Gemeindeverbände.

Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die MitarbeiterInnen der Gemeindereferate der Bezirkshauptmannschaften oder der Abteilung Gemeinden beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter „Gemeindeanwendung Land Tirol“.

31.

Novelle zum Landes-Polizeigesetz

Mit 05. Juli 2017 ist die am 17. Mai 2017 vom Tiroler Landtag beschlossene und mit LGBL. Nr. 56/2017 kundgemachte Novelle zum Landes-Polizeigesetz, LGBL. Nr. 60/1976, in Kraft getreten.

Hauptgesichtspunkt der gegenständlichen Novelle ist die Überarbeitung der Prostitutionsbestimmungen (§§ 14 bis 19a) mit dem Ziel einer wirksameren Bekämpfung der illegalen Prostitution. Nachfolgend werden die wesentlichen Inhalte der Novelle dargestellt:

- **Neufassung der Definition der Prostitution im Sinne einer Angleichung an die Bezug habenden gesundheitsrechtlichen Vorschriften:**
Die neue Definition des Prostitutionsbegriffes orientiert sich an den diesbezüglichen gesundheitsrechtlichen Vorschriften des Bundes.
 - **Abschaffung der Bedarfsprüfung als Voraussetzung für die Bewilligung eines Bordells:**
Wie bereits in anderen Bundesländern soll bei den sachlichen Bewilligungsvoraussetzungen für den Betrieb eines Bordells zukünftig auf eine Bedarfsprüfung verzichtet werden.
 - **Ermächtigung von Gemeinden, die Anbahnung und Ausübung der Prostitution in Teilen des Gemeindegebietes zu untersagen, wenn die Prostitution dort zu Missständen führt:**
Die Gemeinde kann durch Verordnung die Prostitution in Teilen des Gemeindegebietes untersagen, wenn dies zur Vermeidung von Missständen, die das örtliche Gemeinschaftsleben stören, notwendig ist.
 - **Ermächtigung von Gemeinden, unter bestimmten Voraussetzungen Zonen, in denen die Anbahnung von Beziehungen zur Ausübung der Prostitution erlaubt ist (sog. „Erlaubniszonen“) vorzusehen:**
Die Gemeinde kann mittels Verordnung durch Straßenbezeichnungen eingegrenzte Bereiche festlegen, innerhalb derer (nur) die Anbahnung der Prostitution erlaubt ist. Die Gemeinde hat dabei berechnete Interessen der Öffentlichkeit oder der Anrainer sowie Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen.
 - **Einführung einer Bestimmung, die die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen außerhalb von bewilligten Bordellen unter Strafe stellt (sog. „Freierbestrafung“):**
Mit dieser (neuen) Bestimmung wird zukünftig nicht nur die illegale Ausübung der Prostitution unter Strafe gestellt, sondern es macht sich auch derjenige, der die verbotenerweise angebotene sexuelle Dienstleistung in Anspruch nimmt, strafbar.
 - **Verschärfung der Strafbestimmungen hinsichtlich der Überlassung von Räumlichkeiten zur Ausübung illegaler Prostitution:**
Zur wirksamen Bekämpfung der Prostitution außerhalb von bewilligten Bordellen soll die Höchststrafe für die Überlassung von Räumlichkeiten zur Prostitutionsausübung deutlich angehoben werden.
 - **Gesetzliche Anordnung, dass bestimmte Prostitutionsdelikte nicht als fortgesetzte Delikte gelten:**
Um eine effizientere Strafverfolgung in Bezug auf wiederholte illegale Prostitution zu ermöglichen, wird ausdrücklich normiert, dass mehrere aufeinander folgende Übertretungshandlungen verwaltungsstrafrechtlich jeweils ein eigenständiges Delikt darstellen.
- Schließlich wurden mit der gegenständlichen Novelle - analog den für abgenommene Hunde im § 6a geltenden gesetzlichen Bestimmungen - auch für vorläufig von der Behörde verwahrte Tiere (allgemein) Bestimmungen über die Kostentragung und die Verfallserklärung gesetzlich verankert.

32. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2016

Bezirks-Anzahl der Gemeinden	Inst - 24 G	Ibk-Land - 65 G	Kitzbühel - 20 G	Kufstein - 30 G	Landeck - 30 G	Lienz - 33 G	Reutte - 37 G	Schwarz 39 G	Sü. Bezirke - 278 G	Ibk-Streit - 1 G	Summe Tirol 279 G
	je EW	je EW	je EW	je EW	je EW	je EW	je EW	je EW	je EW	je EW	je EW
Einwohnerzahl lt. Registerz. 31.10.2013	57.377	171.607	62.539	104.128	43.721	7.228	31.725	80.688	600.721	126.922	17.444
Abwanderer Bevölkerungsschlüssel	92.925	278.189	100.811	170.918	70.476	7.932	51.139	130.789	974.779	296.151	23.300
Finanzkraft für 2015	9.776.412	27.111.508	13.999.731	20.959.948	8.911.233	8.081	6.943.976	15.744.364	110.237.034	29.014.184	20.844
1 Orientliche Einnahmen 1)	163.011,193	428.267,444	185.661,678	273.346,823	146.913,267	3.360	99.663,401	225.126,312	1.651.306,855	367.405,791	2.816
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	41.326,796	51.643,633	11.945,597	27.792,154	29.647,778	606	6.949,636	28.261,764	232.617,937	94.052,455	741
3 Gesamteinnahmen	204.337.948	479.911.077	197.606,271	308.401,443	174.705,421	3.966	106.613,037	253.387,076	1.883.924,792	451.458,246	3.557
in % der Bezirkssumme	10,85%	25,47%	10,49%	16,37%	9,27%	8,44%	5,66%	13,45%	100,00%	19,33%	100,00%
4 Personalaufwand 2)	33.280,151	100.835,489	37.213,479	595	60.730,745	583	18.440,940	39.829,948	342.107,523	74.729,505	569
5 Sachaufwand	131.275,161	324.690,500	1.892	149.228,081	120.219,221	2.747	102.718,865	183.944,505	1.300.335,639	2.165	2.227
6 Orientliche Ausgaben 1)	164.535,312	425.925,989	2.480	186.441,560	145.765,452	3.334	96.586,026	223.774,453	1.642.443,162	2.794	2.748
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	40.816,354	50.944,550	297	10.927,136	28.572,155	654	8.452,967	29.940,331	234.004,639	94.052,455	741
8 Gesamtausgaben	205.351,665	476.470,539	197.366,896	307.344,551	174.337,607	3.988	105.039,894	253.714,785	1.876.447,802	451.397,424	3.199
in % der Bezirkssumme (ohne Innsbruck)	10,94%	25,39%	10,52%	16,38%	9,29%	8,96%	5,60%	13,52%	100,00%	19,39%	100,00%
Eigene Steuern:											
9 Grundsteuer A	72.951	191.442	162.337	3	60.794	1	85.673	147.063	985.859	2	0
10 Grundsteuer B	5.270.541	13.467.987	8.936.272	143	4.927.875	113	3.486.192	7.091.070	54.968.855	92	90
11 Kommunalsteuer	17.039.823	48.067.237	21.122.771	338	15.629.001	357	11.974.147	29.701.054	197.891.876	329	452
12 Vermögenssteuer	7.666	99.608	1	696.600	11	11.593	2	51.802	1.257.849	8	2.223.606
13 Hundesteuer	165.689	3.498.152	3	177.371	3	94.849	2	219.482	1.578.341	3	2.021.748
14 Gebrauchsabgabe	373.856	1.400.404	8	1.072.358	17	132.220	34	600.796	7.136.743	12	15.716.160
15 Verwaltungsabgabe	397.847	904.463	5	562.462	6	286.977	5	487.863	3.701.461	6	5.546.923
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	318.548	396.019	2	436.148	7	1.065.345	22	651.917	3.879.076	6	8.348.349
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-3.397	0	0	-10.903	0	-4.056	0	-29.366	-47.168	0	-39.020
18 Interessenabgabe n. Verkauf/Abg.	3.421.826	8.568.170	50	5.511.433	86	2.223.914	45	1.554.668	32.754.663	55	36.810.615
19 Summe Eigene Steuern	27.065.349	472.733.528	429.388.727	59.247.311	24.589.264	562	18.578.721	42.900.661	304.177.555	92.867.642	732
20 Abgabenanteile 5)	48.817,134	147.231,280	858	51.281,422	877	42.368,257	866	68.178,838	511.696,475	852	1.337
21 Spielbankabgabe 6)	0	707,050	0	0	0	0	0	0	1.192,555	2	8
22 Gefährdungsabgabe	6.638,568	10.417,763	61	7.835,242	75	8.011,101	124	9.945,174	57.414,939	95	80
23 Summe Abgabenanteile	55.455,701	158.356,093	923	58.999,691	943	44.333,636	935	78.124,012	570.303,969	949	1.425
24 Weitere Einnahmen:											
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 7)	20.251,633	40.782,537	236	22.009,309	352	19.963,484	282	23.895,008	168.449,562	280	167
26 Bedarfszuweisung 8)	8.185,253	23.779,146	139	4.678,138	75	10.113,042	215	12.354,629	90.642,672	151	72
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	110.957,936	1.934.286.511,303	1.728	124.356,366	1.804	99.102,691	2.267	157.274,311	1.133.573,758	1.887	2.395
Verpflichtungen zum 31.12.:											
28 Darlehensaufnahmen	23.042,284	18.865,287	110	4.276,000	66	16.844,685	344	12.943,503	99.785,317	166	79
29 Schuldzinsen	816,624	2.319,110	14	774,910	12	609,153	12	946,857	7.872,341	13	3
30 laufende Schuldentilgung	9.262,155	15.564,257	91	6.726,474	108	8.895,361	194	9.813,510	71.406,948	119	13
31 Schuldenstand zum 31.12.	106.483,864	181.636,251	1.058	72.793,069	1.164	87.347,151	1.879	108.316,414	797.808,612	1.328	316
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	4.065,729	15.819,225	879	71.437,326	1.142	44.515,871	393	45.010,182	442.896,121	737	1.096
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	4.603,780	80	25.023,071	146	5.140,537	89	1.325,217	3.985,090	58.849,142	98	0
Vermögen zum 31.12.:											
34 Zuführungen an Rücklagen	1.800,815	13.305,537	78	6.591,350	105	7.546,830	114	5.948,710	46.310,917	77	16
35 Stand an Rücklagen	5.115,116	41.059,592	239	23.279,403	372	10.567,805	242	12.737,612	142.843,577	238	101
36 Stand an Darlehensforderungen	795,747	14	42	2.002,205	32	408,093	4	281,426	18.601,060	31	70
37 Stand an Beteiligungen	27.693,183	483	34.358,354	549	83.339,309	800	24.887,680	328	226.474,528	377	207
38 Stand an Wertpapieren	103,043	2	1.601,582	26	1.892,901	18	975,800	493,734	6.093,828	10	105
39 Zuführung an a.o. Haushalt	5.578,047	11.302,785	66	4.785,182	77	6.713,663	44	4.916,963	45.069,303	75	175
40 Zahl der Beamten 9)	30	59	20	46	24	24	13	25	241	0	390
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	647	2.121	818	1.274	500	520	390	772	7.043	1.444	8.877
42 Summe ständig Bedienstete (VZA) 10)	677	2.180	838	1.320	524	544	403	797	7.284	1.593	8.877

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Sonstige Abgaben aufgrund des Steuerfindungsrechtes der Länder, Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche etc.; 4) Sonstige alte Gemeindeabg., Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Anknüpfungsabgabe - Minusbeträge resultieren aus Rückstellungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Ausgleichsanteile ohne Getränkeausgleich und Spielbankabgabe 6) Spielbankabgabe betr. Casinos Innsbruck, Seefeld und Kitzbühel; 7) Benutzungsgebühren nach § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanäl, Wasser etc.); 8) BLDZW an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung - lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden; 9) inkl. beamtete Sperrgelder; 10) Vollzeitäquivalente, ohne Saisonbeschäftigte

33. Finanzdaten der Gemeinden Tirols - Entwicklung 2014 bis 2016

Table with 13 columns: Bezirks-Anzahl der Gemeinden, BEZIRKE (2014-2016), INNSBRUCK-STADT (2014-2016), SUMME TIROL (2014-2016), and 2016 (279 Gem.). Rows include various tax categories like Grundsteuer A, Grundsteuer B, Kommunalsteuer, etc., and summary rows for total revenues and expenditures.

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Sonstige Abgaben aufgrund des Steuerfindungsrechtes der Länder, Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche etc.; 4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Minusbeträge (resultieren aus Rückstellungen (i.w. Getränkesteuer)); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Ausgleichsanteile ohne Getränkeausgleich und Spielbankabgabe; 6) Spielbankabgabe betr. Casinos Innsbruck, Seefeld und Kitzbühel; 7) Benützungsgbühren nach § 5 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanal, Wasser etc.); 8) BDZw an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung - II. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden; 9) inkl. beamtete Spenglerlöhne; 10) Vollzeitbeamtene, ohne Saisonbeschäftigte

34.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	8.619.144	9.995.876	1.376.732	15,97
Lohnsteuer	18.621.571	20.533.531	1.911.960	10,27
Kapitalertragsteuer	1.318.377	1.659.274	340.897	25,86
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	603.137	636.129	32.993	5,47
Körperschaftsteuer	13.193.875	16.851.754	3.657.880	27,72
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-458	-25	432	94,45
Erbschafts- und Schenkungssteuer	5.209	1.254	-3.956	-75,94
Stiftungseingangssteuer	44.615	6.016	-38.599	-86,52
Bodenwertabgabe	177.320	155.676	-21.643	-12,21
Stabilitätsabgabe	469.446	196.014	-273.432	-58,25
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	43.052.235	50.035.499	6.983.264	16,22
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	23.216.965	21.615.121	-1.601.844	-6,90
Abgabe von alkoholischen Getränken	9	0	-9	-100,00
Tabaksteuer	1.397.387	1.262.057	-135.330	-9,68
Biersteuer	56.771	161.383	104.613	184,27
Mineralölsteuer	2.183.004	3.595.835	1.412.831	64,72
Alkoholsteuer	100.496	119.773	19.278	19,18
Schaumweinsteuer	12.590	11.646	-944	-7,50
Kapitalverkehrssteuern	2.371	2.417	46	1,92
Werbeabgabe	353.702	109.877	-243.825	-68,94
Energieabgabe	838.931	1.057.761	218.831	26,08
Normverbrauchsabgabe	422.018	486.061	64.043	15,18
Flugabgabe	87.969	93.183	5.214	5,93
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	24.162	0	-24.162	-100,00
Grunderwerbsteuer	7.608.802	11.229.942	3.621.140	47,59
Versicherungssteuer	792.665	902.092	109.427	13,80
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.579.619	1.846.671	267.052	16,91
KFZ-Steuer	81.784	102.980	21.196	25,92
Konzessionsabgabe	181.843	181.182	-661	-0,36
rechnungsmäßig Ertragsanteile	38.941.088	42.777.981	3.836.893	9,85
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-879.083			
Summe sonstige Steuern	38.062.005	42.777.981	4.715.977	12,39
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe *)	80.876.626	92.813.480	11.699.240	14,47

*) Summe 2016: abzüglich Finanzierungsanteil für
Finanzkraftstärkung (§ 11 Abs. 1 FAG 2008)

-237.614

35.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	21.204.276	23.720.206	2.515.931	11,87
Lohnsteuer	142.700.620	145.526.962	2.826.342	1,98
Kapitalertragsteuer	7.854.188	8.730.981	876.794	11,16
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.521.591	4.656.774	135.183	2,99
Körperschaftsteuer	39.348.898	48.045.331	8.696.432	22,10
Abgeltungssteuern Schweiz	14.990	1.961	-13.029	-86,92
Abgeltungssteuern Liechtenstein	369	-29	-398	-107,80
Erbschafts- und Schenkungssteuer	23.448	5.356	-18.092	-77,16
Stiftungseingangssteuer	182.419	101.095	-81.323	-44,58
Bodenwertabgabe	459.245	459.972	728	0,16
Stabilitätsabgabe	2.064.669	1.054.378	-1.010.291	-48,93
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	218.374.712	232.302.986	13.928.275	6,38
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	147.550.432	136.978.299	-10.572.132	-7,17
Abgabe von alkoholischen Getränken	128	0	-128	-100,00
Tabaksteuer	9.981.862	10.316.853	334.991	3,36
Biersteuer	1.015.196	1.066.211	51.015	5,03
Mineralölsteuer	23.395.023	24.825.789	1.430.766	6,12
Alkoholsteuer	842.004	887.230	45.226	5,37
Schaumweinsteuer	144.911	148.255	3.345	2,31
Kapitalverkehrssteuern	578.688	2.192	-576.496	-99,62
Werbeabgabe	2.311.211	685.591	-1.625.620	-70,34
Energieabgabe	5.906.930	6.214.222	307.292	5,20
Normverbrauchsabgabe	2.089.257	2.448.696	359.439	17,20
Flugabgabe	571.952	640.048	68.096	11,91
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	169.134	0	-169.134	-100,00
Grunderwerbsteuer	73.564.104	71.419.342	-2.144.762	-2,92
Versicherungssteuer	6.543.727	7.000.763	457.037	6,98
Motorbezogene Versicherungssteuer	11.069.325	11.835.773	766.448	6,92
KFZ-Steuer	253.115	367.708	114.593	45,27
Konzessionsabgabe	1.444.264	1.468.268	24.004	1,66
rechnungsmäßig Ertragsanteile	287.431.262	276.305.242	-11.126.020	-3,87
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-6.153.583			
Summe sonstige Steuern	281.277.678	276.305.242	-4.972.437	-1,77
Kunstförderungsbeitrag	85.865	90.164	4.299	5,01
Summe	499.500.641	508.698.392	9.197.751	1,84
Zwischenabrechnung	9.580.729	-9.684.057	-19.264.786	-201,08
Gesamt	509.081.370	499.014.335	-10.067.035	-1,98

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR MAI 2017		
(vorläufiges Ergebnis)		
	April 2017 (endgültig)	Mai 2017 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	102,8	102,9
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	113,8	113,9
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	124,6	124,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	137,8	137,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	144,9	145,1
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	189,6	189,7
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	294,6	294,9
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	517,1	517,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	658,8	659,5
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	661,0	661,6
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Mai 2017 beträgt 102,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für April 2017 um 0,1 % gestiegen (April 2017 gegenüber März 2017 + 0,2 %). Gegenüber Mai 2016 ergibt sich eine Steigerung um 1,9 % (April 2017/2016 + 2,1 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck